

Bezugspreis:

Wochensatz 1. - M., monatl. 2. - M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 2. - M., evtl. Zustellungsgeld. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal.

Telegraph-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Hauptzeile kostet 1.20 M. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 50 Pf. (zweispaltig 2 fertige Blätter), jedes weitere Blatt 25 Pf. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das erste Blatt 40 Pf., jedes weitere Blatt 30 Pf. Blätter über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsanzeigen 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 6, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestalt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morianplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 1. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morianplatz, Nr. 11753-54.

Ungarn kapituliert.

Budapest, 30. Juni. Das Ungarische Korrespondenzbureau meldet: Im Sinne der Entente note haben wir den Rückzug auf die aufgezwungene Grenze heute vormittag 5 Uhr begonnen.

Das Ende der großen Geste.

Prag, 1. Juli. (Meldung des Holländisch Neuwärbureau.) Das Tschecho-Slowakische Pressebureau meldet aus Budapest: Der Armeeoberkommandant Böhm sandte an den General Pellé einen Funkpruch, worin er bittet, daß 1. die Kommandanten der tschecho-slowakischen Truppenabteilungen, die die von den magyarischen Truppen geräumten Gebiete besetzen werden, das Proletariat und dessen Führer im geräumten Gebiet nicht verfolgen, da diese nur auf Befehl der Räteregierung gehandelt haben und daher für ihre Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden können; 2. daß die durch tschecho-slowakische Truppen weggeführten Weiseln in Freiheit gesetzt werden. Die Arme der magyarischen Räterepublik wird keine Weiseln verhaften; 3. die Kriegsgefangenen werden beiderseits mit möglichster Beschleunigung ausgetauscht werden.

Lloyd George im Unterhause.

Mit Lloyd George, der starke Mann von Versailles, die englische Clementeau-Ausgabe, gestern das Unterhaus betrat, siehe, da war eitel Jubel. Nur die linke Opposition behag so lange den Mut, sitzen zu bleiben, bis ihr die Angst ankam. Nur die Mitglieder der Arbeiterpartei blieben und saßen heute noch. Wenn nicht die Nationalunion angestimmt worden wäre. Zwei Unserbesserliche, die des patriotischen und musikalischen Empfindens deziert mangelten, daß sie dennoch sitzen blieben, wurden wegen Unachtsamkeit im Protokollbuch vermerkt. Herr Lloyd George sagte noch, daß der Friedensvertrag der größte sei, der jemals abgeschlossen wurde, daß er gerühmt sei, dem Schicksal der Welt eine neue Richtung zu geben. Ueber die Gemeinverständlichkeit des Vortrages herrschte große Freude. Das Rätsel der Erfüllung des Friedensvertrages wird Lloyd George am Donnerstag — sicherlich im Sondumdrehen — lösen.

Botschaft Wilsons über den Frieden.

Haag, 1. Juli. (Meldung des Holländisch Neuwärbureau.) Die von Holländisch Neuwärbureau kurz gemeldete Botschaft des Präsidenten Wilson an das amerikanische Volk liegt nunmehr im Wortlaut vor. Sie lautet: Der Friedensvertrag ist unterzeichnet. Sobald er bestätigt und entsprechend seinen Bedingungen eheilig und ausrichtig durchgeführt wird, so wird dies den Halt für einen neuen Stand der Dinge in der Welt bilden.

Es ist ein harter Vertrag.

was die Pflichten und die Strafen betrifft, die Deutschland auferlegt werden. Aber er ist nur so hart, weil das große Unrecht, das Deutschland begangen hat, gutgemacht werden soll. Der Vertrag fordert nichts, was Deutschland nicht erfüllen kann und Deutschland kann seine Stellung in der Welt wieder zurückgewinnen, wenn es die Bedingungen treu und ehrlich erfüllt. Der Vertrag ist aber mehr als ein Friedensvertrag mit Deutschland. Er befreit große Völker, die niemals vorher in der Lage gewesen sind, den Weg zur Freiheit zu finden. Er macht dem alten und unerschütterlichen System ein für allemal ein Ende, das keine Brücken zu den Ländern schlug, die die Völker der großen Reiche für ihr eigenes ehrgeiziges Streben nach Macht und Vorherrschaft gebrauchten.

Er vereinigt die freien Regierungen der Welt zu dauerndem Bunde.

indem sie sich selbst verpflichten, die vereinigte Macht dazu anzuwenden, den Frieden aufrecht zu erhalten. Dadurch wird dem Bunde Recht und Gerechtigkeit verbürgt. Die Annahme des Völkerbundes macht die internationale Gesetzgebung zur Wirklichkeit. Sie wird durch dringende Rechtsmittel geschützt. Sie macht dem Eroberungsrecht ein Ende und verhindert Annexionen. Sie schafft einen neuen Stand der Dinge, unter welchem reaktionäre Völker die noch nicht zum politischen Bewußtsein gekommen sind, nicht mehr der Vorherrschaft und Ausbeutung eines stärkeren Landes unterworfen sind, sondern unter befreier Leitung gestellt werden und für ihren Antheil die Unterstützung von Regierungen erhalten, die dem Völkerrecht verantwortlich sind für die Erfüllung dessen, was ihre Aufgabe ist: Die Garantie der unerschütterlichen Rechte der Nationalitäten, die Rechte der Minderheiten und die Heiligkeit der Religion und ihrer Ausübung. Er schafft eine Basis für Abkommen, die den Handelsverkehr

Kritische Tage.

Ruhe und Besonnenheit tut not.

Mit dem Ausbrechen des Verkehrsstreiks auf fast sämtlichen Transportmitteln sind wir wieder einmal in das kritische Stadium einer Streibewegung hineingekragt. Man muß unterscheiden zwischen den Massen, denen es gutgläubig um wirtschaftliche Vorteile zu tun ist, und den Drahtziehern, die mit der ganzen Bewegung nur ihre politischen Zwecke und Ziele verfolgen.

Wenn eine Arbeiterkategorie heute vorrednet, daß sie mit den gerade gezahlten Löhnen nicht auskommen kann, so wird man schwerlich solchen Berechnungen eine gewisse Berechtigung abstreifen können. Aber wir stellen alle ruhig Denkenden vor die Frage: Wie oft ist nun schon aus solchen Gründen gestreikt worden. Wie viele Lohnerhöhungen sind aus diesem Grunde durchgeführt worden, und hat es der Arbeiterschaft wirklich etwas genützt? Nein, was alle Einseitigen vorausgesetzt haben, ist eingetreten: Mit den Löhnen sind die Preise in genau dem gleichen Tempo gestiegen, und jede Lohnerhöhung ist in kürzester Zeit durch Preissteigerungen wettgemacht worden. Wir haben ein Verhältnis, wie das von zwei kommunistierenden (in Verbindung stehenden) Köhnen: Gießt man in der einen Wasser zu, so steigt auch das Wasser in der anderen.

Man hat oft gesagt, das Streikfever würde nachlassen, wenn die Regierung nur kräftiger an die Sozialisierung ginge. Aber was erleben wir jetzt? Getrieben von unverantwortlichen Agitatoren bestreift die Arbeiterschaft gerade ihre sozialisierten Betriebe. Wir haben schon neulich nachgewiesen, daß von der ganzen Eisenbahn nicht ein einziger Kapitalist in Deutschland Vorteile hat oder Profite einstreicht, und die Straßenbahn ist soeben erst kommunalisiert worden, sie gehört der Berliner Arbeiterschaft, die im Stadtparlament eine Zweidrittelmehrheit hat. Hilft ihr nichts, sie wird bestreikt.

Wo ist da vom Kampf gegen Kapitalismus die Rede? Freilich, die politischen Agitatoren suchen ihn irgendwie hinzuzuschummeln, indem sie die große Gefahr einer ausbrechenden Lebensmittelnot in Berlin mit der Redensart abtun, die Reichen könnten jetzt ein paar Tage hungern, nachdem das Volk fünf Jahre gehungert hat. Werden es aber wirklich die Reichen sein, die zuerst von der Lebensmittelnot erfaßt werden? Wer glaubt das wohl? Nein, die Kinder und Säuglinge der Proletarier werden als erste Opfer des Verkehrsstreiks auf der Strecke bleiben!

Die eigentlichen Verantwortlichen wissen das sehr wohl; die große Masse ihrer Gefolgshafte suchen sie freilich in dem Glauben zu erhalten, daß hier ein Kampf gegen den Kapitalismus geführt werde. Ihnen aber ist es nur um den Kampf gegen die jetzige Regierung zu tun. Hierin unterscheiden sich

ihre Ziele von denen der Masse. Aber wenn diese es ablehnt, einen politischen Kampf zu führen, so muß sie dies dadurch beweisen, daß sie die größte Ordnung und Disziplin wahrhaftig. Dazu magst es jetzt, allen Aufputschereien energischen Widerstand entgegenzusetzen und sich zu keinerlei Unbesonnenheiten fortziehen zu lassen. Der Friedensschluß sollte das Signal zum wirtschaftlichen Wiederaufbau sein, die großzügige Lebensmittelreform der Regierung sollte ihn erleichtern; es ist bedauerlich, daß das Verständnis der Situation bei vielen immer noch so gering ist.

Der große Berliner Verkehrsstreik.

So haben wir denn erneut eine Verkehrskatastrophe. Straßenbahn, Hochbahn und Ringbahn versagten von heute früh ihren Dienst. Wieder müssen die Hunderttausende ihren Weg nach und vom Geschäft zu Fuß gehen. Die noch im Verkehr befindlichen Omnibusse erweisen sich als völlig unzulänglich, dem Verkehrsbedarf auch nur im bescheidensten Maße Rechnung zu tragen.

Nach Lage der Dinge rechnet die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn mit einer längeren Dauer des Verkehrsstreiks.

Außer dem Straßenbahn- und Hochbahn- ist seit heute früh auch der Stadt-, Ringbahn- und Vorortverkehr in Groß-Berlin eingestellt.

Schon bei dem letzten Streik der Straßen- und Untergrundbahn hat die Eisenbahndirektion Berlin angefündigt, daß sie bei einer Wiederholung des Verkehrsstreiks auch den Stadt- und Ringbahnverkehr einstellen würde. Damals ist die Stadtbahn das einzige öffentliche Verkehrsmittel gewesen und der Ansturm des Publikums war so ungeheuer, daß mit jedem Zuge viele Hunderte auf den Trittbrettern, auf den Puffern und auch auf den Dächern mitfahren. Eine erhebliche Zahl von Unfallsfällen war die Folge. Im Frieden hätte die Stadtbahn bei ihren reichen Betriebsmitteln diesen Massendruck zur Not noch zu bewältigen vermocht. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, bei dem herrschenden Mangel an Lokomotiven und Wagen und dem schlechten Zustande der Betriebsmittel glaubte die Eisenbahndirektion eine Verantwortung für die Sicherheit des Lebens der Fahrgäste nicht mehr übernehmen zu können. Die Einstellung des Stadt- und Ringbahnverkehrs ist also, entsprechend der amtlichen Ankündigung, eine automatische Folge des Streiks der Straßen- und Untergrundbahnen. Sie wird auch so lange andauern, als dieser Streik währt.

Verhandlungen mit den Omnibusangestellten.

Die Omnibusfahrer und -schaffner, sowie die Führer der Autobusse haben heute vormittag noch Dienst getan. Ob sie sich dem Streik anschließen, steht noch nicht endgültig fest. Zur Stunde finden Verhandlungen mit der Direktion statt, die bereit ist, dem Personal Zugeständnisse zu machen. Ob diese angenommen werden, oder ob es zur Arbeitseinstellung kommt, wird sich erst am Nachmittag entscheiden.

Hamburg besetzt!

Hamburg, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Regierungstruppen sind letzte Nacht hier eingerückt und haben alle wichtigen Plätze besetzt. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

... darunter ein siebenjähriges Kind.

Hamburg, 30. Juni. Heute Mittag wurden auf dem Friedhof von Ohlsdorf die fünf bisher freigegebenen Opfer des Aufstandes bestattet, darunter ein siebenjähriges Kind.

Polnisch-bolschewistische Verständigung.

Das offizielle Organ der russischen Räteregierung „Iswestija“ drückt seine Befriedigung über das Einverständnis mit den Polen aus und stellt fest, daß Sowjetrußland keine politischen Ziele gegenüber den Polen verfolgt. Im bolschewistischen Organ „Proletarskoje Schjo“ vom 3. Juni schreibt der Hauptredakteur M. Zumanow über die polnisch-bolschewistische Verständigung folgendes: „Von polnischer Seite droht Sowjetrußland keine Gefahr. Polen ist gegenwärtig mit der Festigung der Grenzen Großpolens, die sich jeden Tag erweitern, beschäftigt. Wir hingegen stehen in einem schweren Kampf mit den reaktionären Truppen Koltshaks, Denikins und den nationalitätsgenerevolutionären Truppen Petljuras. Die Verständigung kommt nicht nur uns, sondern den Polen, die einen Kampf mit den Ukrainern und Litauern führen müssen, zugute. Die Sowjetregierung war sich beim Abschluß des Übereinkommens bewußt, daß Sowjetrußland keine Gefahr seitens der Polen droht und daß die polnischen Staatsmänner keine gegenrevolutionäre Politik ihm gegenüber führen werden.“

der Welt von der Ungerechtigkeit und von rachsüchtiger Sonderbestellung befreien soll und die durch Möglichkeiten aller Art von internationaler Zusammenarbeit dazu führen kann

das Leben auf der Welt zu verschönern

und die täglichen Aufgaben durch allerlei Günstiges zu erleichtern. Dies sind Garantien, die niemals gegeben worden sind, oder auch nur erprobt worden wären, in der gerechten Behandlung für alle, die an der täglichen Aufgabe arbeiten. Darum habe ich den Friedensvertrag die große Unterlage für einen neuen Stand der Dinge genannt, die Grund zu tiefer Befriedigung, zur Beruhigung und zu Vertrauen und Hoffnung gibt.

Woodrow Wilson.

Die Worte Wilsons atmen den gewinnenden Geist seiner Dialektik. Nur darf er nicht verkennen, daß sie nach dem Ergebnis seiner praktischen Arbeit in Versailles in Deutschland wie Hohn wirken müssen. Eine Verböhnung nicht nur unserer Not, sondern eine Verböhnung seiner selbst. Denn was jetzt im Osten und Westen grinsend über die Demarkationslinien schaut, das ist das brutale Antlitz jenes Militarismus, gegen den die Entente zu kämpfen vorgab! Wilsons Botschaft ist nicht ganz klar. Soll sie bedeuten, das alles nicht ganz so schlimm werden soll, wie wir heute verzweifelt annehmen müssen, so wollen wir hoffen, weil uns nichts anderes übrig bleibt. Deutschland wird ehrlich schaffen, was es kann wenn es aber — und das ist sicher anzunehmen — das Uebermoh nicht zu bewältigen vermag was dann?

Dann wird sich zeigen müssen, wer Herr Woodrow Wilson ist: ein großer Mensch oder ein ethisch ausgetafelter Imperialist.

Belagerungszustand mit Hochverrat.

Das Treiben der Offiziersfronde im Osten.

Zu Birnbaum war dieser Tage an auffallenden Orten folgender Aufruf angeschlagen:

Birnbaum, den 26. Juni 1919.

Eine Regierung, die diesen schmachvollen Frieden unterzeichnet, erkennen wir nicht an und nur aus dem Zwange heraus, unsere Heimat zu schützen, bleiben wir im Dienst. Wir fordern die sofortige Beilegung der Regierung und Einsetzung einer Reichsverwaltung, die die Macht genug besitzt, unsere berechtigten Interessen in der Eilmart mit aller Schärfe zu vertreten. Wir sind fest entschlossen, unsere Heimat gegen jeden Feind mit allen Mitteln zu verteidigen und bezwingen von der Landesleitung, den Angriffsbefehl zu geben.

Das Offizierskorps des Unterabteiles Birnbaum.
J. H.: Svecze, Hauptmann und Kommandeur.

Zu Birnbaum ist der Belagerungszustand verhängt. Unter seitlicher Schutze wird offener Hochverrat getrieben. Was geschieht gegen diesen Skandal?

Ueber das Treiben des Hauptmanns Bölle in Birnbaum wird uns weiter von einem Einwohner folgendes berichtet: In Birnbaum herrscht seit dem 27. die Militärdiktatur. Seit gestern hängt in Birnbaum eine vom Hauptmann Bölle unterzeichnete Erklärung aus, in der gesagt ist, daß der Grenzschutz auch gegen den Willen der freien Regierung die Provinz Bayern halten oder wiedernehmen will. Es werden alle Bürger zur Mitarbeit aufgefordert. Gleichzeitig aber wird gedruckt, daß der Grenzschutz und die mit ihm zusammenhängenden Kreise durch gemeinsame Einziehungen die Bevölkerung zum Kampfe zwingen will. Ganz offen spricht man von der Selbstständigkeitsklärung des Ostens unter General Hoffmann, der fast alle Tage hier ist. Im Vorraum des Militärbüros habe ich selbst gehört, daß zwei Offiziere sagten, sie würden den General Hoffmann auch gegen den Willen der Regierung halten und ihn in ihrer Mitte zu seinem Vorhaben führen. Dabei sind keineswegs die Soldaten auf Seite des Generals, sondern es ist nur eine Reihe von Offizieren und von den Offizieren Aufgehörten.

Auch sonst fehlt es nicht an Hebergriffen. Ein Leutnant vom Stabe hat z. B. Arbeiter, die wegen Vorkommnissen streikten, verhaftet und mit Erschießens bedroht, er hat auch bei mehreren Gelegenheiten betont, daß die Soldaten es der Regierung nach zeigen würden. Diese Vorkommnisse und zahlreiche andere Dinge billigt Hauptmann Bölle und sein Stab. Es sind viele Leute, die keine Rede wagen, weil man sie dann nicht mehr in Ruhe läßt, ihnen Anweisung entzieht usw. Ein schnelles Vorgehen und die Entsendung eines Beauftragten der Regierung ist sehr geboten.

Paul Hoffmann und die Eisenbahner.

Aus der Preussischen Landesversammlung wird uns geschrieben: Der Abgeordnete Paul Hoffmann hat, nach Presseberichten, am Sonntag vor Eisenbahner im Zirkus Pusch eine wüste Schimpfrede gegen die Reichssozialisten und Gewerkschaftsführer gehalten. Was hat denn der von jeder Sachkenntnis im Eisenbahnbereich unabhängige Gastwirt Paul Hoffmann für die Eisenbahner gemacht? Er gedachte der Staatsbahndirektion während ihrer mehrtägigen Beratung des Eisenbahnerstreiks an, nahm als Kommissionsmitglied auch an den Besprechungen des Ministers mit den Vertretern der Eisenbahner teil. Da war es doch Zeit, den Reichssozialisten und Gewerkschaftsführern gründlich zu zeigen, wie man die Eisenbahnerinteressen vertritt; ja wir dürfen erwarten, daß alles gespannt war auf die „radikalen“ Vorschläge, mit denen Paul Hoffmann kommen würde. Man wartete vergeblich! In den wichtigsten Fragen des Arbeiter- und Beamtenrechts tat Paul Hoffmann den Mund nicht auf, oder er sammelte einige Worte, die nur die totale Unwissenheit des Sprechers betrafen. Dieser große Schweiger bei den Beratungen über Eisenbahnerrechte konnte aber am Sonntag im Zirkus Pusch nur mit Mühe den schimpferischen Redefluß hemmen. Mit großer Sachkunde und gebotener Schärfe haben dagegen in den sehr eingehenden Kommissionsberatungen die Reichssozialisten und Gewerkschaftler Reumann und Schu-

bert sich der Eisenbahner angenommen und ihren Fingerhände gesichert. Dasselbe sah der „große“ Schweizer Paul Hoffmann da und verlor seine Meise. Aber als die Beratungen der Sachkundigen beendet waren, als es nur noch auf „Agitation nach außen“ ankam — da ging der „große“ Schweizer los! Erst im Landtage, dann im Zirkus Pusch. Wehe, wenn solche Leute nun erst an die „Regierung“ kommen!

Die Verhaftung Karl Emonds.

Berlin, 1. Juli. Von der Staatsanwaltschaft mit uns mitgeteilt, daß die Verhaftung des Geschäftsführers des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, Karl Emonds, mit seiner Tätigkeit in der Bankbeamtenbewegung nicht das geringste zu tun hat. Die Gründe dafür liegen auf ganz anderem Gebiet. Die Bankleitungen haben die Verhaftung vollständig fern. Auch der Reichswehrminister Rodde erklärt, der Verhaftung vollständig fernzustehen. Es sei übrigens eine unwürdige Unterstellung anzunehmen, daß der Obergeschäftsführer oder die Militärbehörden sich dazu hergeben würden, die Geschäfte irgendeiner Interessenten-Gruppe, z. B. der Bankleitungen, wahrzunehmen, indem sie etwaige Verhaftungen auf deren Befehl hin ausführen.

Von einer Sozialkorrespondenz wird dazu gemeldet: Emonds, der in den Geschäftsräumen des Bankbeamtenverbandes in der Französischen Straße 41 gemeldet war, aber dort nicht wohnte, ist nicht als radikaler Führer der Bankbeamten verhaftet worden, sondern wurde wegen revolutionärer Umtriebe gegen die jetzige Regierung von den Behörden bereits gesucht. Ein Haftbefehl gegen ihn lag schon vor. Emonds besuchte nicht in seiner Eigenschaft als Führer der Bankbeamten, sondern zur Propagierung seiner revolutionären Bestrebungen fünf Städte. Ursprünglich wollte er erst am 2. Juli nach Berlin zurückkehren. Wegen der für gestern eintreffenden Bankbeamtenversammlung kam er jedoch schon gestern wieder. Jetzt wurde er in den Räumen des Verbandes in der Französischen Straße trotz seines Protestes festgenommen. Kriminalbeamte durchsuchten zugleich die Räume und beschlagnahmten eine große Menge Flugblätter, Broschüren und andere Schriftstücke und brachten sie mit dem Verhafteten nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit. Dort werden die beschlagnahmten Sachen von der Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Strafverfahrens gesichtet und geprüft.

Der Düsseldorfster Streik beendet.

Düsseldorf, 30. Juni. Die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter ist heute durch Abschluß eines neuen Tarifvertrags zwischen Stadtverwaltung und Arbeiterchaft beendet worden. Ueber die fröhlichen Verhandlungen — Bewilligung von Urlaubstagen und Sonderzulagen — ist eine Einigung erzielt worden. Die Arbeiterchaft nahm mit Rücksicht auf die Senkung der Lebensmittelpreise die Forderung auf Sonderzulagen zur. Die Stadt bewilligte für zwei bis vier Dienstjahre vier Tage Urlaub, bei jedem weiteren Jahr einen Tag bis zur Höchstgrenze von 18 Tagen. Der Tarifvertrag gilt bis zum 31. Dezember d. J.

Axelrods Exterritorialitätsrechte.

Von einer dem in Untersuchungshaft befindlichen russischen Vertreter Axelrods nebeneinander Seite wird uns geschrieben: Der Vorsitzende des Herrn Axelrod hat vom Auswärtigen Amt ein Telegramm erhalten, das folgenden Wortlaut hat: „Im Anschluß an Telegramm vom 22. d. M. nach eingehender Prüfung der Angelegenheit muß, da Herr Axelrod Exterritorialitätsrechte nicht anerkannt werden können, eine Verwendung zu seinen Gunsten abgelehnt werden und die Entscheidung ausschließlich dem Gericht überlassen bleiben. Ueber die Frage einer etwaigen Vergütung im Falle seiner Verurteilung hätte die Regierung des kaiserlichen Konsulats zu befinden.“ Dieser Standpunkt des Auswärtigen Amtes ist unhaltbar, nachdem die offizielle „Deutsche Allgemeine“ und auch das „Wolff-Bureau“ zugunsten haben, daß Herr Axelrod im Besitz einer Ausweiserte des Auswärtigen Amtes ist, die nur Personen diplomatischer Sekretariate ausgebaut werden. Wir können

nach mitteilen, daß diese Ausweiserte am 10. August 1918 ausgestellt wurde, daß sie die Nummer A. 992 trägt und von Zedler, Geheimrat, unterzeichnet ist. Diplomatische Vertreter haben das Recht der Exterritorialität, und da die amtlichen Stellen die diplomatische Eigenschaften des Herrn Axelrod zugeben haben, kann das Auswärtige Amt keinesfalls seine Exterritorialitätsrechte befehlen. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß auch die Revolutionärregierung die diplomatischen Eigenschaften Axelrods ausdrücklich anerkannt hat. Denn nach dem 9. November ist Axelrod mit Genehmigung der Regierung Ebert-Haack-Scheidemann aus Rußland nach Berlin gekommen, und zwar auf Grund seines Diplomatenpasses. Als Diplomat hat er im Dezember mit der deutschen Regierung Verhandlungen geführt.

Das Auswärtige Amt ist also völlig im Unrecht, und seine unrichtigen Behauptungen sind geeignet, die durch Verschulden der deutschen Regierung geschaffene Spannung zwischen Deutschland und Sowjetrußland nur noch zu vergrößern und für die in Rußland lebenden deutschen Bürger nur nachteilige Folgen hervorzurufen.“

Die Ententezialisten und der Friedensvertrag.

Fachin schreibt in der „Humanität“, daß der Friedensvertrag von keinem Proletariat der Welt angenommen werden könne. Er müsse von Grund auf geändert werden. Die Völker verstehen unter Zivilisation etwas anderes als die Gewalttäter.

Der „Kölnische“ läßt sich aus Rom schreiben, daß Versailles Ereignis werde in Rußland kaum beachtet. Mehr noch als die Westmächte fühlen die Sieger, daß dieser „Frieden“ neue Kriege heraufbeschwören müsse. Er werde vor allem Frankreich davon hindern, seine Kriegswunden anzuhäufeln, aber ebenso unzufrieden wie Frankreich seien Frankreichs Verbündete, von denen einige bereits wirtschaftliche, wenn nicht sogar politische Anknüpfung mit Deutschland suchen.

Frankreich und Deutschlands Einheit!

Das Pariser „Journal“ bringt in letzter Zeit täglich Artikel, in denen es in überschwänglicher Weise die Einziehung und Berechtigung der rheinischen Republik schildert. Bei dem augenblicklichen Raumangel in den deutschen Tageszeitungen kann leider auf diese Artikel zurzeit in entsprechender Weise nicht eingegangen werden. Doch sollten allmählich jedem deutschsprechenden Mann die Augen aufgehen, warum gerade die Franzosen mit solcher Zubrinn die Bildung einer rheinischen Republik oder auch mehrerer rheinischer Republiken begünstigen. Der Ausblick, mit dem der Artikel des Pariser „Journal“ vom 8. Juni abschließt, läßt darüber keinen Zweifel. Darin heißt es über „die ersten Schritte der rheinischen Republik“:

„... Das sind die ersten Feststellungen, die ich in aller Eile über eine Bewegung zu geben vermag, die bis jetzt wenig gedrückt voll aufgetreten ist, aber deren Folge so fruchtbringend sein können. Wenn die Bewegung, die sehr gut begonnen hat, nicht eine Fehlgang wird, werden wir in kurzer Zeit mit einem unabhängigen Staat von 12000000 Einwohnern zu verhandeln haben, die nichts anderes wünschen, als einen aufrichtigen Frieden mit uns. Es ist dies der erste Schritt in der unheilvollen deutschen Einheit, die wir nicht genug gemessen sind zu leben und aus der doch all unser Elend hervorgegangen ist. Die deutsche Einheit hat uns zwei Kriege gekostet, zwei Invasionen, Milliarden an Schäden, Millionen an Toten. Wenn diese deutsche Einheit nicht heute zusammenbricht, dann wird sie uns noch weiter in Unkosten führen.“

Welchen wir uns deshalb mit Sympathie und hoffnungsvoller Sorge über die Wiege dieser rheinischen Republik, die vielleicht Deutschland zerstückeln wird, und erinnern wir uns, daß nur ein zerstückeltes Deutschland uns die Möglichkeit gibt, einen wahrhaft friedlichen Frieden zu schließen, einen Frieden, der für uns besser ist, als alle Einigungsversprechungen, die im Namen eines Volkes von mehr als 60 Millionen Einwohnern unterzeichnet sind durch Leute wie Ebert oder Proddorff-Kanyan, Bernsdorff oder Scheidemann.“

Gegenwart würden vielleicht dem Ersuchen einer ähnlichen zauberhaften Flüssigkeit ganz andere Erfrungen bereiten.

Der Salonbolshewist.

Das lange Haar reißt voll gelblich, woran man das Gemeinlich meißt, die Leute in-der aufgehängt, die Fremdenlust famos geküßt, brüht er heim Tee mit Grabesstimme von „unserer“ unerdlich schweren Not und schwebt mit edlem Hornes Grimmus allen Tyrannen Fluch und Tod.

Die ganze Welt will er vernichten, zu Schutt und Asche soll sie erst vergehen, dann wird er seine neue Theorie erfinden und aus der Anarchie wird alles wunderbar entstehen. Und endlich schweigt des Volkes großer Sohn, Bewußt, Gleichwo, Scham und Widersittigen, Und draußen hält sein Amt schon, um ihn zur — „Fledermaus“ zu bringen.

G. Seemann.

Notizen.

Der Denkmalspilletag, der am 7. und 8. Juli in der Berliner Akademie der Künste stattfand, wird in einer Reihe von Referaten die Zukunft der künftigen Schöpfer und des sonstigen ehemaligen künftigen Kunstschöpfers behandeln. In der Sitzung am 8. Juli spricht Prof. Dr. Wilhelm Kahl über das Thema „Die Trennung von Kirche und Staat in ihrer Bedeutung für die Denkmalspflege“.

Theater. Im Volkstheater wird am 5. Juli die Operette „Weinende Erben“ nach Motiven von Kurt Fiebigers und Richard Barta, Musik von R. Döngler, erstausgeführt. — Das Hoftheater beschließt die Erkaufnahme von Ander-Schöps Volksstück „O schöne Zeit, o selige Zeit“ auf den 6. Juli.

Zum Gedächtnis der Kriegesgefallenen wird Albert Bartholomäus, der Meister des Denkmals der Toten, ein Denkmal im Pariser Justizpalast, im „Saal der verlorenen Schritte“, errichten.

Kirche, Religion und Sozialdemokratie. Unter diesem Titel erschien in der vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen Schriftreihe „Die praktischen Forderungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms in Einzelerörterungen“, eine gehaltvolle Arbeit von Emil Heiden. Der Verfasser ist Redakteur der Partei-Gemeinde in Bremen und als solcher ein Verfolger des namhaften, unvergessenen Albert Kollath. Der Sozialismus gilt ihm als Vorbedingung einer höheren Religionsform und damit meint er eine Religion, die uns zu stärken, mutigen, auf uns selbst und unsere eigene Kraft und Arbeit vertrauenden Menschen werden läßt, damit sie zu einer Verbündeten des Sozialismus wird. Die klare Schrift legt sich auch mit den Religionserlässen des preussischen Kultusministeriums während der Revolutionszeit auseinander. Sie kostet 1 Mark.

Schulkschluf.

Von Paul Haupt.

Witten in der Reihe der die-ständigen, mit schmutzigen, verhauchten Studornamenten geschmückten beladenen Häuser steht ein roter, dreistöckiger Bau, eine Gemeindefschule.

Es ist Mittagszeit.

Wie ausgeföhren liegt die Straße da. Belangweilt glogen die Häuserreihen sich sinnlos an, über sie hinweg schwingt sich irgend der Lärm der unweiten Hauptstraße.

Im Schulhause beginnt es zu summen wie in einem Bienentod. Plötzlich kappen die beiden Tore auf. Die Schüler quellen heraus, wie ein Querschnitt, der in ungezählte kleine Kügelchen zerfällt. Hüben die Mädchen, drüben die Knaben, hübsch geordnet, wie es altpreussische Schulmeistergucht erheißt. Aber im Ruß die Ruhe zum Zerfall, die ganze Straße ein Lachen, ein Lärm, eine Eröberung der Kinder.

Wie ein Trupp Vögel, der, von langer Haft befreit, sein Gefieder schüttelt, daß die Federn fliegen, die keine Bande. Tapp, lapp, tapp einige hängende nach Hause, ohne sich umzusehen. Wo anders hat eine Gruppe die Köpfe zusammen, immer mehr sammeln sich, nur die eifrigsten lassen vom Gassen und Spielen nicht ab. Eine Stille wie eine aufgestaute Welle in dem Ansturm. Plötzlich prustet es los. Eine neue Welle sprudelt aus dem Tor, lachend um des Lachens willen.

Immer mehr springen lachend davon, die älteren folgen laut, unbekümmert sich verzählend. Noch liegt Lachen und Laufesin in der Luft, da ist mit einem Male alles wieder stumm.

Belangweilt, verärgert schaut die rote Schule, wie eine entwürstete unghendliche Schreier; heif, spöttisch grinsen sich die Häuser an: Das Theater geht jeden Tag los!

Ein klappliger Gaul zieht einen Geschäftswagen durch die Straße. Erkannt blüht er aus müden Augen um sich:

Dröbnie nicht eben alles von Leben und Lachen, von Kraft, die ihrer Arbeit noch harzt?

Festkonzert des Berliner Tonkünstlervereins.

Der seit 75 Jahren bestehende sozial und künstlerisch fruchtbar wirkende Tonkünstlerverein, die größte Musikervereinigung der Welt, beginnt mit einem Konzert in der Hochschule seinen patriotischen Gedenktage. Der Abend begann mit einem Orchesterkonzert des Berliner Sinfonieorchesters, dem zwei in meisterhafter Sauberkeit vorgetragene Klavier- und Gesangsstücke von Brahms folgten (Zwölftes und Zwölftes). Nach einer die Entwicklung des Vereins zusammenfassenden Rede des neu bewählten Vorsitzenden Adolf Wittmann folgte die Veranstaltung des Abends: Drei Kammerwerke, denen die Juch unter 48 eingelassenen Arbeiten die Preise zuer-

kann hatte. Das Orchester für Blasinstrumente (2. Kreis) zeigte die Hand eines im Satz bewanderten, fähigen und fertigen Dirigenten, angenehm, aber ohne jedes Interesse hinsichtlich im Wasserbrauslicher Szenenentwicklung, das Coerndorf-Werke nicht gerade bedauernd. Von der Sache nach Neuen in Ausdruck und Rode leitet man unbefriedigt zurück; die formale Unvollständigkeit morder die besüßelte Phantasie, den Auffassung, den Geist. Eine gute, eine solche, akademische Arbeit. Verlassen ist Conrad Sträßer, der namhafte Kölner Komponist. Along dieses Werk noch etwas nach bestem Konseratorium so laudete man interessierter dem Bewein des Sertetts. Auch hier prägnante Klänge, untermischt mit melodischem Holort Schumannscher Artana. Die ersten beiden Sätze sind musikalisch best gelungen, iden in der Gestaltung, warm im Ausdruck der Einzelinstrumente (Esraquarrel und Klarinetten), mit selbstverständlichem, jugendlichem Schwung gestaltet. Dieser lebendige Atem hockt im dritten Satz und artet zum Schluß in atmosphärische Oberflächlichkeit aus. Hier wird zu selten sein, damit aus einem Anfang, der gelächelt ist, ein künstlerisches Ganzes werde. Der junge Komponist, über den Durchschmitt begehrt, heißt Kaimund Galtung. Wir wollen hoffen, daß sein Talent reift. Bewährte Kammermusik der Staatsoper fehlten sich voller Interesse für die beiden Kabinäten ein.

A. S.

Märkischer Tabak?

Der für alle leidenschaftlichen Raucher so empfindliche Mangel an reinem Tabak in unseren auch sonst so wenig benutzten Tagen lenkt den Blick zurück auf die Zeit, da in mehr als einer preussischen Provinz, besonders Brandenburg, Tabak weit über den Bedarf hinaus gebohrt wurde, so daß es Friedrich II. des Guten schließlich anstiel wurde. Er erließ deshalb im Jahre 1778 die Weisung, der Tabakbau sollte sich möglichst genau nach dem Verbrauch richten; nach einer späteren Instruktion war die Kultur auf solche Gegenden zu beschränken, wo der Ackerbau nicht recht lohnte, wie bei Jossen, Wusterhausen, Teltow usw. In einem Jahre (1781/82) wurde im ganzen Lande die ansehnliche Menge von 168 000 Zentnern erzeugt. Der König glaubte deshalb vor allem sein Augenmerk auf die Verbesserung der heimischen Sorten richten zu sollen. Im Jahre 1780 beauftragte er den Chemiker Kord in Berlin, Versuche mit ausländischen Tabaksorten, namentlich den Virginischen, zu machen und wies für die Versuche eine Fläche von fünf Morgen beim Dorfe Lichtenberg in der Nähe von Berlin an. Er muß mit den Leistungen Kords und deren Verlangen auf den einheimischen Tabakbau vprzählich zufrieden gewesen sein, denn er legte ihm eine Pension von fünf-hundert Talern auf Lebenszeit aus „für seine Verdienste um Verbesserung der Tabakkultur“. Aber auch der Tabakindustrie wendete er sein Interesse zu. An den mit der Leitung der Tabakverwaltung betrauten Finanzrat Paquiss schrieb er, ihm sei sehr viel an der Erfindung einer „Säure“ gelegen, vermittelst derer man einheimischen Landblättertabak dezent verbessern könne, daß er dem Virginischen an Güte einigetmaßen gleichkäme. Er sei gelohnt, demjenigen, der eine solche Säure erfinde, eine jährliche Pension von tausend Talern auszugeben. Die leidenschaftlichen deutschen Raucher der

Vollversammlung der Arbeiterräte Großberlins

Die in den Germania-Sälen tagende Vollversammlung der Arbeiterräte und Delegierten der Soldaterräte Großberlins wurde heute vormittag um 10 Uhr eröffnet. Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung: die Verhaftung von Mitgliedern des Vollzugsrats, die Hausdurchsuchung in seinem Bureau, Wiederherstellung der Pressefreiheit wurden gemeinsam behandelt. Täglich (H. S. P.): Die Vorgänge der letzten Tage und Wochen können nur verstanden werden im Zusammenhang mit der Revolution, die immer noch nicht zum Abschluss gekommen ist. Man kann nicht anknüpfen an dem, was vor dem Kriege war und darauf ohne weiteres aufbauen. Die Weltrevolution ist eine Tatsache, die sich nicht an der Welt schaffen lässt. Unter den Nachwirkungen des Krieges und der Revolution herrscht eine Stimmung in den Massen, aus der sich die Unzufriedenheit des Volkes, zu besseren Verhältnissen zu kommen, erklärt. Es ist das Unglück der heutigen Regierung, daß sie kein Verständnis hat für die Volksschicht, wie sie sich nach der Revolution herausgebildet hat. Wir haben die Aufgabe, die objektiven Tatsachen der Sozialrevolution in ein Fahrwasser zu bringen, daß die Arbeiterräte seit bei den Massen wieder Eingang hält. Es ist eine durchaus oberflächliche Beurteilung, wenn man meint, die Unzufriedenheit der Massen werde durch parteipolitische Verheißung von links hervorgerufen. (1) Die gegenwärtige Zeit ist dazu angetan, daß sich alles zusammenfürt, was ein Interesse an der Wiederherstellung der alten Verhältnisse und der Ertragsminderungen der Revolution hat. Kapitalistische und militärische Kreise sind am Werk, um die Gegenrevolution zu betreiben. Hier steht das Schicksal einer Leinen Waise, die lange Zeit das Volk beherrschte, und dort steht die große Waise der 30 bis 40 Millionen Arbeiter. Da gibt es nichts anderes als daß die Angehörigen der bisher herrschenden Klasse zu Füßen liegen, was noch irgend zu erhalten ist. Die Militärsuchen die gegenwärtige Krise zu benutzen, um ihre alte Herrschaft wieder zu besetzen. Das sind die Ursachen der Verhaftung des Vollzugsrats, der Unterdrückung der Pressefreiheit und der Räumungen, zu denen man lumpenproletarische Elemente verführt hat. Ich bemerke, daß die hassenbetonten Arbeiter Disziplin und militärische Plut in dieser erregten Zeit bewahrt werden. Wir haben kein Interesse am Bürgerkrieg. (Aufe: Ich habe ja Schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen!) Im selben Zusammenhang ein für allemal zu antworten, sage ich: Wenn an Stelle von Bauer, Dillig und wie sie alle heißen, Gans, Gohn, Rosenfeld in der Regierung säßen, die Dinge auch nicht besser gehen würden. (Aufe: Abwarten!) Ich weiß, daß das alte demokratische Staatsgebäude nicht mehr repariert werden kann mit den Mitteln des alten Militarismus. (Stürmischer Beifall.) Man muß den Blick richten auf das große Ganze, auf das, was den Interessen des gesamten Proletariats dient, aber man soll sich nicht von Partizipat und wilder Leidenschaft leiten lassen. Heute besteht tatsächlich eine militärische Regenregierung. Dadurch erklären sich viele Vorgänge der letzten Zeit. Die Verhaftung der Vollzugsratsmitglieder wird damit begründet, daß die linksstehenden Mitglieder des Vollzugsrats mit den Vorwänden in Hamburg in Verbindung ständen und den Sturz der Regierung beabsichtigten. Ich kann hier namens der beiden linksstehenden Gruppen erklären, daß uns von einem herabstürzenden Plan nicht bekannt ist, daß keiner von uns dabei die Hand im Spiele gehabt hat. Kein Mitglied des Vollzugsrats hat mit den Vorgängen in Hamburg etwas zu tun.

Man sucht nun die Ruhe in Hamburg wieder herzustellen durch einen militärischen Besatz, der im ostpreussischen Aufschrei erklären sein mag, der aber keine Wirkung von der Hand der Arbeiter hat und deshalb durchaus unnothwendig ist. In Hamburg Ordnung zu schaffen. Mit Gewalt läßt sich das nicht erreichen. Ich glaube nicht, daß die Gesetze, die in letzter Zeit unter dem Namen Kasse erlassen sind, auf sich selbst zurückzuführen werden können. Lokaler haben die militärischen Machthaber. Aber diese Kreise, diese Gewaltmänner sind nicht geeignet, die Arbeiter zu beruhigen, sondern sie verschärfen die Stimmung, aus der die Streiks entstehen. Die Streiks hören erst dann auf und sind erst dann ein Werk, wenn wirklich die ersten Anfänge einer sozialistischen Wirtschaft gemacht worden sind. (Stürmischer Beifall.)

Der Redner spricht das Verbot von Zeitungen. Diese Verhote sowie die Verhaftungen, so jetzt wieder die Verhaftung des Kaufmannsführers Emonts, wirken aufeinander als die ganze fratzenhafte Agitation. (Beifall.) Man will mit den Anhängern des Rechtsystems aufräumen. Alle, die auf dem Boden des Rechts

systems stehen, werden dafür eintreten, daß es eingeführt wird. Von der Regierung und vom Senatrat haben wir in dieser Hinsicht nichts zu erwarten. Wie es Laßalle mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts getan hat, müssen wir die Parole des Rätegebens immer wieder in die Welt hinaustrufen. Der Parlamentarismus ist nicht imstande, eine Situation zu schaffen, in der das Proletariat einen Einblick sieht. Es ist nicht wahr, daß irgendeine Partei hinter dem Streik der Eisenbahner und hinter dem der Straßenbahner steht. Man wird dieser Bewegung nicht gerecht, wenn man in der Presse behauptet, sie würde mit ausländischem Gelde betrieben. Wenn wir jetzt auf dem Boden des Rätegebens stehen und lassen wir ihn und nicht räumen durch Atoden des Gardehülsenkorps, auch nicht durch den Versuch der Ausbürgerung. Wenn man den Vollzugsrat, wie schon angedeutet ist, aus seinem Hause verdrängen will, so wird doch die Institution der Berliner Arbeiterräte bestehen bleiben. Aber sie würde durch solche Gewaltmaßnahmen in eine Oppositionsstellung gedrängt werden. Die Räte, die einzige noch übrig gebliebene Ertragsinstanz der Revolution, müssen erhalten bleiben. Wir halten fest an den Berliner Arbeiterräten und dem Vollzugsrat. (Beifalliger Beifall.)

Kanow (S. P. D.): Täglich sagte, es besteht neben der jetzigen Regierung eine Militärregierung. (Sehr richtig!) Ich und meine politischen Freunde sind der Meinung, daß diese Regierung ein Ausfluß dessen ist, was die Arbeiter durch Parteiliderenschaft verstanden haben. Wenn die Arbeiterschaft einig wäre, dann bestünde eine solche Erscheinung nicht. (Zustimmung.) Ohne Einigkeit kann die Arbeiterschaft nicht das erreichen, was ihr Wunsch und ihr Verlangen ist. Von dem, was Täglich über die politischen Verhältnisse sagte, kann ich manches unverständliches, Mißfälliges und rühmendes Wort an die Arbeit gehen. Wir leben auf dem Standpunkt, daß der Sozialismus nur durch die Demokratie verwirklicht werden kann. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn man aus den Ausführungen Täglichs die Konsequenz zieht, dann muß man dazu kommen, daß sich das gesamte Proletariat einig zusammenschließen hat. Das ist das einzige Mittel, um die Gegenrevolution abzuwehren. Wir sind mit Täglich einig, daß die Arbeiter allen Vorkühnen gegenüber sich abweisend verhalten müssen. Doch wir das gegenwärtige System lösen, daran ist die Meinung der Arbeiter schuld. (Sehr richtig!) Der Redner spricht die Verhaftung der Vollzugsratsmitglieder. Wir haben uns unmittelbar nach der Verhaftung mit unserem Parteifreund Kasse in Verbindung gesetzt. (Großer langanhaltender Lärm.) Der Redner führt die für die Verhaftung angeführten Gründe an und sagt: Schon vor den Sommerferien haben wir den Angehörigen des Vollzugsrats Telephongespräche nach außerhalb geführt worden, was Richard Müller unterläßt hat. Wer das Gespräch mit Hamburg geführt hat, ließ sich nicht feststellen. Aber ein Mitglied des Vollzugsrats war es nicht.

Die Arbeiter verlangen vom Vollzugsrat praktische Vorschläge für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Aber in dieser Hinsicht ist nichts geschehen. (Aufe: Durch eure Schuld!) Nein, nicht durch unsere Schuld. Wenn die parteipolitischen Maßnahmen so wie bisher weiter getrieben werden, dann können wir nicht zum Aufbau unseres Wirtschaftslebens kommen. Den Eingriff in das Haus des Vollzugsrats beurteilen wir genau so wie Sie. Wir haben uns mit unseren Parteigenossen in der Regierung dahin verständigt, daß Departements nicht mehr vorkommen soll. Das darf nicht sein, daß Personen, die mit dem Vollzugsrat nichts zu tun haben, vom Bureau des Vollzugsrats aus ihre Parteiangellegenheiten betreiben, wie es tatsächlich geschehen ist. Der Vollzugsrat hat lediglich wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Vorkühnenmaßnahmen müssen durch die Parteiministationen betrieben werden. Das Verbot der „Republik“ beurteilen wir genau so wie Sie. Die Pressefreiheit muß unter allen Umständen gewahrt werden. Wer den Streik der Eisenbahner und der Straßenbahner beobachtet hat, der weiß, wie diese Streiks gemacht worden sind. (Aufe: Gewalt? Lärm.) In dieser Frage stimme ich nicht mit dem Genossen Täglich überein. Keine Berufsgruppe ist nach der Revolution in ihren Verhältnissen so hochgehoben worden wie die Eisenbahner. (Lärmender Widerspruch.) Solche Streiks tragen nicht dazu bei, das Wirtschaftsleben aufzubauen, sondern sie bringen es noch tiefer in das Chaos hinein. (Großer Lärm.) Bei Schluß des Beschlusses spricht der Redner noch fort.

Industrie und Handel.

Vorte.
Die Börse ließ sich in ihrer zudersichtlichen Haltung weiter durch die Verheerung des noch durch die bevorstehende Bankbeamtenbewegung führen. Es fanden wieder umfangreiche Käufe statt, die zu einer erneuten Aufwärtsbewegung führten. Am Montanmarkt waren besonders Phosphor bedingt, während von Farbwerten Laubische Anilin bevorzugt waren. Käufungsberichte konnten die erzielten Aufschwünge nicht voll behaupten. Dagegen bestand für Elektrowerke, Kali- und Kolonialpapiere wieder Nachfrage. Eine lebhaftere Kaufbewegung entwickelte sich in heimischen Anleihen, namentlich in Kriegsanleihen im Zusammenhang mit einer Reduktion, wonach ein Erlösungsantrag für Kriegsanleihen geplant sei. Der Kurs stellte sich auf etwa 77% Prozent.

Groß-Berlin

Zur Kommunalisierung der Straßenbahn
wird von berufener Seite mitgeteilt: Der gehörige Beschluß der Verbandsversammlung Groß-Berlin hat die Vorbereitungen für die Kommunalisierung der Großen Berliner Straßenbahn geschaffen, den Anlauf selbst aber noch nicht bewirkt. Dazu bedarf es außer der Festlegung der Modalitäten noch des Beschlusses der Generalversammlung des Unternehmens, welche am 17. d. M. zusammentritt. Weiter ist also der Vorstand nicht beschlußfähig, es bedarf deshalb auf einen Termin, wenn dieselbe gemeldet wird, die Leitung des Zweckverbandes oder der Magistrat Berlin seien wegen des Straßenbahnstreiks in unmittelbare Verhandlungen eingetreten. Solche Verhandlungen können zurzeit nur mit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn geführt werden. Dagegen ist der Magistrat Berlin mit Nachdruck bemüht, die bereits angeforderten Wünsche der Reichsregierung, welche sich auf Verbilligung der Lebensmittel richten, zur Ausführung zu bringen. Wie wir hören, hat darüber heute eine Verhandlung im Rathaus stattgefunden, diese Verbesserung der Lebenshaltung ist für alle beteiligten Klassen der Angestellten und Arbeiter wirtschaftlich weit bedeutungsvoller als die Geldbeuräge, welche sie durch den Streik zu erlangen suchen.

Wie wir erfahren, haben die städtischen Behörden die Arbeiten so weit gefördert, daß die Verbilligung der Lebensmittel wahrscheinlich am 7. Juli erfolgen wird.

Stellungnahme zum Geschenkverkehr Groß-Berlin.
Der Bürgerausschuss Groß-Berlin ist in gemeinsamer Sitzung seines Vorstandes und Verfassungsausschusses nach eingehender Beratung des von der Regierung vorgelegten Geschenkverkehrs über die

Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin zu der Überzeugung gelangt, daß der Regierungsentwurf tatsächlich die volle Eingemeindung darstellt und damit den Einzelgemeinden die Selbstverwaltung nimmt. Vorhand und Verfassungsausschuss können hienun Gesekentwurf der Regierung nicht gutheißen, da die eingebrachten bisherigen Verhandlungen der Organe des Bürgerausschusses die Rückholung der Eingemeindung und die Bildung der Gesamtgemeinde als Ziel ergaben haben. Besonders auch in Rücksicht auf die Aufgaben der Übergangswirtschaft hegt der Bürgerausschuss ernste Bedenken gegen das Vorgehen der gegenwärtigen Verwaltungskommission Groß-Berlin; er hält es für ratsam, den Einzelgemeinden zunächst — unter Aenderung der Zuständigkeit (Verteilung der Kompetenzkompetenz an die zu bildende Zentralverwaltung) — ihre bestehende Gemeindeverwaltung zu lassen und die Bildung der neuen Gemeindeorganisation durch natürliche Entwicklung der Selbstverwaltung abzuwarten. Der Bürgerausschuss hält also gegenüber dem vorliegenden Entwurf der Regierung die Schaffung eines Rahmengesetzes für besser, das die Bildung der vom Bürgerausschuss propagierten Gesamtgemeinde als Übergang zu dem einheitlichen Groß-Berlin darstellt.

Der Bürgerausschuss hält für nötig, zu Groß-Berlin hinzuzunehmen: im Westen das weithinige Gochsper, im Südwesten Tachow, Stahndorf (Rentalriedhof) und die Stadt Teltow, im Süden — um den Grünpark um Groß-Berlin herum (Schloßchen) zu können — die städtischen Kleinfelder (wenigstens in beengtem Umfang), im Osten das Gebiet der Seen und Forste mit Grünau und mehr südlich Dabwitz und Neuenhagen, im Norden vor allem Hennigsdorf, wo die H. E. G. große Betriebe hat, und Staaken, die Arbeiterbevölkerung von Spandau.

Achtung! Gemeindevorsteher von Groß-Berlin.

Um zu dem Wesentlichen der presselichen Regierung, betreffend Schaffung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin, einheitlich Stellung zu nehmen, werden die Gemeindevorsteher von Groß-Berlin dringend ersucht, eine am nächsten Sonntag den 6. Juli, stattfindende Konferenz sämtlicher Gemeindevorsteher von Groß-Berlin abzuwarten.

Das Tagungsort wird noch bekanntgegeben.

Der Vorstand
der Kommunalen Konferenz der Gemeindevorsteher von Groß-Berlin,
J. A. Ritter.

Keine Höchstpreise für Frühobst.

Die Reichsstelle schreibt und: Berliner, Hamburger und andere großstädtische Käufer berichten seit einiger Zeit über Höchstpreise, die durch oder bestellende von den amtlichen Stellen für einzelne Gemüskategorien festgesetzt sind. Nicht selten werden diese Höchstpreisfestsetzungen so ausgelegt, als habe sich die Reichsstelle für Gemüse und Obst nachträglich zu einer Bekämpfung ihres noch im Frühjahr den Höchstpreisfestsetzungen gegenüber ablehnenden Standpunktes veranlaßt gesehen. Dabei wird sogar ange-

deutet, die Höchstpreisfestsetzungen seien jetzt ohne Zutun der Reichsstelle oder gar entgegen deren Absicht erfolgt. Weibes ist falsch: Zunächst beruhen die örtlich und bezirksweise getroffenen Preisfestsetzungen ausschließlich auf Anordnungen der Reichsstelle. Diese hatte ferner nur — wie auch der Öffentlichkeit wiederholt mitgeteilt worden ist — für solche Gemüskategorien, die den Gegenstand von Lieferungsverträgen zwischen Gemeinden und Anbauern bilden können, und zwar für Erbsen, Bohnen, Kohlrabi, Zwiebeln, Kohl und Mören Höchstpreise beschlossen. Denn ohne solche wäre der Abschluß und die Erfüllung von Lieferungsverträgen der wichtigsten Grundlauge beruht. Für andere Gemüskategorien, als für diejenigen, über die Lieferungsverträge abgeschlossen werden können, sind Höchstpreise weder festgesetzt, noch in Aussicht genommen.

Das Frühobst hat die Reichsstelle, dem seit dem Vorjahre nahezu allgemein geäußerten dringenden Wunsch nach Wiedereinführung des freien Handels in seine alten Maßbestimmungen nachgehend, in diesem Jahre von allen einschränkenden Bestimmungen freigelassen. (Darum auch erst der Wucher und dann die Strafwalle. S. Neb.)

Verfahren der Militärgefangenen. Bei den Festnahmefangenen und Militärgefangenenkompanien befinden sich noch Welter und Vertreten welche wegen Faltens näherer Adressen den Befehlern nicht ausgeteilt werden können, und zwar aus der Zeit vor dem 9. November 1918. Die Betroffenen wollen sich an die Inspektion der militärischen Strafanstalten Berlin SW. 68, Lindenstraße 31, wenden. Dabei müssen sie genau angeben: Geburtsort und -datum, den Namen des betr. Festnahmefangenen oder die Nummer der Militärgefangenenkompanie, der sie zuletzt angehöht haben. Ihre letzte Adresse — sowie die zurückgelassenen Vertriehen oder Einhaben.

Die Fortwärtspedition Döll, bisher Jannawerkstr. 12, befindet sich vom 1. Juli an Jannawerkstr. 42, Laden.

Kleinbahnpolizeibeamte für die Straßenbahn. Wie bereits seit längerer Zeit auf der Hoch- und Untergrundbahn, so werden jetzt auch auf der Straßenbahn ein Teil der Beamten als Kleinbahnpolizeibeamte veredelt. Zunächst sind 65 Beamte (Aufsichtsbeamte und Postmeister) als Kleinbahnpolizeibeamte vorgeschrieben worden. Sie haben vor allem die Aufsicht über die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit des Betriebes erlassenen polizeilichen Verordnungen und gesetzlichen Vorschriften zu überwachen. Die Aufsicht über die Anordnungen der Kleinbahnpolizeibeamten gilt vor dem Richter als Widerhand gegen die Staatsgewalt. Befehlsgewalt sollen die neuen Beamten durch ein besonderes Prüfungsdiplom „Kleinbahnpolizeibeamter“ werden.

Den Auserdickungen und dem Wucher mit Süßigkeiten geht jetzt das Landespolizeiamt in Verbindung mit der Reichsdruckstelle sehr zu Leibe. Besonders gegen die „Wilden“ Konfitürengeschäfte, in denen der Wucher am üppigsten blüht, wird vorgegangen. Dagegen und fortgesetzt erfolgen Kontrollen und Revisionen, bei denen große Mengen von Süßigkeiten, Bonbons usw. und Zucker aller Art, die diese Geschäfte unter erheblicher Ueberschreitung der Höchstpreise, oft genug zu realen Phantastpreisen verkaufen, beschlagnahmt werden. Die Revisionen führen auch zur Entdeckung von großen Fundmengen, für die im Einzelhandel Kleinpreise gefordert und gezahlt werden. Die beschlagnahmten Mengen werden solchen Geschäften, die als durchaus unerlässlich erachtet sind, zu Großhandelspreisen überlassen und vor ihnen nur mit dem für den Einzelhandel erlaubten Aufschlag verkauft. Diese Kontrollen werden dauernd fortgesetzt.

Zur dem Sprekonal gefordert wurde gestern die Beside eines Wädhens, dessen Verleihenheit noch nicht bestimmt festgesetzt werden konnte. Man fand bei der Toten eine Straßenschildkarte der Luis Alleen-Verein auf dem Namen Karja Wastka.

Angelichtersausfälle der Spandauer Feuerbetriebe: Donnerstag, den 3. Juli, nachmittags 4 Uhr, Sitzung, „Neue Welt“, Spandauer-Talmer Straße.

Arbeiterräte der Gewerbetliche, die dem III. U. A. und Gewerkeverbänden: Mittwoch, den 2. Juli, vorm. 9 Uhr, Sitzung, Straalen, Postgasthaus Nr. 25.

Sportklub Teplitz. Die am 6. Juli zur Jubiläum kommenden Herren haben eine sehr gute Leistung gezeigt. Für den Großen Preis der Jubiläum, welcher nur für Fahrer der Extra- und A-Klasse offen ist, kamen: Bauer, Pawle, Reichel und Thomas. Unter diesem Namen wird noch ein 15- und 25-Silometer-Rennen für B-Fahrer abgehalten. Um aus den Freunden des Rittersports gerast zu werden, hat drei Mannschaften angetreten, in denen das Ritterschloß die Hauptnummer bildet. Ein langes Programm und ein Einheitsprogramm bilden den Schluß des reichhaltigen Programms.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wädhersche. Die Früh zur Abnahme auf die 10 Köchente Nr. 27a—n entfallende 3 Pfund Kartoffeln und der auf die Nr. 27 der mären Vegetarier entfallende 5 Pfund wird bis Donnerstag, 3. Juli, verlängert.

Pankow. Von heute ab auf den Stammabnehmer der Vollmüllkarte für Juni (Tagesbedarf, Zwiebeln und Reis. Es entfallen auf Buchladen A ca. 250 Gramm Zwiebeln und ein weitere ca. Salet von ca. 120 Gramm; auf alle übrigen Stammabnehmer ca. 250 Gramm Zwiebeln oder Reis in zwei Päckchen.

Uchholtz. Die auf Lebensmittelkarte 22 und 33 angemeldeten Genossen können von Donnerstag ab teilnehmen werden. Von nächsten Nr. 18 bei den Kaufleuten, bei denen die Sammlung von Genossen gemacht wird, je ein Betrag (20 Pf.) von Mittwoch ab, auf Postkarten Nr. 19 von Mittwoch ab bei den gleichen Kaufleuten 100 Gramm Tafelzucker für 50 Pf.

Spandau. Von heute ab auf Bezugshain, der von den Schulleitern an die Schullinder abgegeben worden ist, eine tägliche londenfertige Milch.

Vereine und Versammlungen.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Bezirk Norden: Mittwoch, 7. Juli, Mitgliederversammlung bei Alder, Poststraße 43, Tagesordnung: Bericht vom Sozialistentag. Referent Genosse Dr. Dalpert — Bezirk Osten: Zentralstelle Versammlung Mittwoch, 7. Juli, Uhr im großen Saal der Reichs-Höle, Edmunder Str. 37. Referenten: Dr. Reichle (H. S. P.), Hebeling (S. P. D.), Dr. Goldschmidt (Vollmüllkarte). — Ortsgruppe Karlshorst: Mittwoch, 2. Juli, 8 Uhr, Aula des Kulturhauses, öffentliche Versammlung. Thema: Wege zur Einigung. Referent: Hebeling (S. P. D.), Wäse (H. S. P. D.)

Groß-Berliner Parteinahrichten.

33. Abteilung. Montag 7 Uhr im der Schloßstraße 11: Versammlung. Thema: Das Räteproblem. Referent Genosse Hartwig.
Tafeln. Mittwoch 8 Uhr bei Schilling, König-Platz-24: Mitglieder-Versammlung.
Karlshorst. Mittwoch 8 Uhr: Frauensammensunft bei Goler, Dönhofs-Platz. Bericht von der Frauensammensunft. Ref.: Gen. Wäse.
Niederischneude. Frauensammensunft: Mittwoch 2. Juli, 7 Uhr, bei Tante, Berliner Str. 42. Referent Genosse Schmidt. Thema: Was liegt mir in dieser Jugend als Ertrag für die Religion?
Steglitz. Mittwoch 2. Juli: Spielabend. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Hallesche des Brunnenbades am Wannenseehof, Wäsestr. 23. Uhr. Freitag 4. Juli: Frauenabend bei Schulz, Stribschstr. 90. „Vorwärts“-Leserinnen willkommen!

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Angestellten bei der Firma Ferd. Adhelm Akt.-Ges. breudet.
Da die Geschäftsleitung jede Verhandlung über einen Haustarif abgelehnt hatte, haben die Angestellten durch ihren Ausschuß den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin anrufen. Dort ist es am 27. Juni zu gunsten der Angestellten zu einem Vergleich gekommen.

